



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

17.05.2025	Elbe-Jeetzel-Zeitung: Gorleben: Verfüllung ruhte	3
19.05.2025	Münsterland Zeitung: BGZ informiert heute zum Zwischenlager	4
16.05.2025	BBV-Net (Bocholter-Borkener Volksblatt): Bundesumweltminister soll Castortransporte stoppen	5
17.05.2025	az-online.de: Endlagersuche bei Wittingen: Der Blick richtet sich auf das Jahr 2027	6
18.05.2025	umweltFAIRaendern.de: Unnötige Atomtransporte Jülich nach Ahaus – Bundesregierung antwortet auf Kleine Anfrage	7
15.05.2025	/Radio Galaxy: Atommüll im Fichtelgebirge? Wohl nicht – es gibt aber noch „Jein-Gebiete“	8

Gorleben: Verfüllung ruhte

Gorleben. Im Erkundungsbergwerk Gorleben ruhten gut drei Wochen die Verfüllungsarbeiten. Grund war ein Arbeitsunfall, wie jetzt einer Pressemitteilung der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zu entnehmen war. Der

NDR berichtete daraufhin, dass Ende März einem Arbeiter ein schwerer Rollcontainer für den Salztransport über den Fuß gerollt sei. Damit es nicht erneut zu einem Unfall kommt, mussten alle Mitarbeitenden aus dem betroffe-

nen Bereich nochmals geschult werden. Seit Mitte April wird das Bergwerk BGE-Angaben zufolge wieder verfüllt.

ejz

Wörter: 75
Autor/-in: ejz
Seite: 3 bis 3
Rubrik: LOKALES
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Nummer: Ausgabe 117, 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage: 9.088 (gedruckt)¹
9.903 (verkauft)¹
10.135 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,0142 (in Mio)²

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

BGZ informiert heute zum Zwischenlager

Ahaus. In einer Informationsveranstaltung für den Rat und die Bürger der Stadt Ahaus am heutigen Montag wird die BGZ die aktuellen Vorhaben am Zwischenlager-Standort vorstellen. Außerdem wird die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN)

über den derzeitigen Stand der geplanten Brennelemente-Transporte aus Jülich nach Ahaus berichten, wie es in einer Presseinformation der BGZ heißt.

Die Veranstaltung findet statt ab 19 Uhr im Ratssaal des Rathauses. Sie wird

außerdem auf dem Youtube-Kanal der Stadt live übertragen. Alle Interessierten sind zu der Veranstaltung eingeladen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Wörter: 87
Seite: 19
Ressort: Ahaus
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage: 10.275 (gedruckt)¹
14.451 (verkauft)¹
17.850 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,05401 (in Mio)²

Urheberinformation: Münsterland Zeitung

¹ IVW 1/2025

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Bundesumweltminister soll Castortransporte stoppen

BI fordert sofortiges Moratorium

Mit einer Mahnwache will die BI ein Zeichen gegen Castortransporte setzen. Gleichzeitig fordert sie den neuen Umweltminister auf, sofort zu handeln.

Mit dem Beginn des Umbaus am Kreisverkehr Schumacherring/Adenauerring am Montag (19. Mai) kommt aus Sicht der Anti-Atomkraft-Initiativen neue Bewegung in die geplanten Castortransporte von Jülich nach Ahaus. Deswegen wollen sie sich mit einem ganzen Aktionstag gegen den drohenden Transport von rund 300.000 radioaktiven Brennelementkugeln stemmen.

Der beginnt schon am Morgen mit einer Mahnwache am Kreisverkehr. Ab 9 Uhr wollen die Mitglieder der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ dort Stellung beziehen. Zusammen mit dem Jülicher Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ organisieren sie dort eine Mahnwache.

Kundgebung am Rathaus

Abends wollen die Betreiber des Ahauser Zwischenlagers, die BGZ (Gesellschaft für Zwischenlagerung) und die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) ab 19 Uhr im Ratssaal des Ahauser Rathauses sprechen: In der öffentlichen Veranstaltung, die auch online übertragen wird, soll es um aktuelle Vorhaben am Zwischenlager sowie den aktuellen Stand der Transportvorbereitungen aus Jülich nach Ahaus gehen. Die Atomkraftgeg-

ner wenden sich mit einer Kundgebung dagegen: Sie soll um 18 Uhr vor dem Rathaus in Ahaus stattfinden.

Lesen Sie jetzt

Mit einem Castor-Aktionstag am kommenden Montag, 19. Mai, in Ahaus reagieren die Anti-Atomkraft-Initiativen aus Ahaus, dem Münsterland und Jülich auf neue konkrete Vorbereitungen für den Start der 152 Castor-Transporte mit rund 300.000 hochradioaktiven Brennelementkugeln aus dem Forschungszentrum Jülich ins Zwischenlager Ahaus.

Zugleich haben die Anti-Atomkraft-Organisationen an den neuen Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) geschrieben. In dem Brief fordern sie ein Moratorium für weitere Castor-Vorbereitungen sowie eine gründliche Neuprüfung des Vorhabens und ernsthafte Verhandlungen dazu zwischen Bund und Land.

Schon im Februar 2025 hatte die Gewerkschaft der Polizei die geplanten Transporte kritisiert: Der GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens hatte in

einer Pressemitteilung den mit den Transporten verbundenen Aufwand gegenwärtig für komplett unverhältnismäßig erklärt: „Das mutet an wie eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Polizei – und das in der allgemein angespannten Sicherheitslage.“

NRW-Innenminister sieht großen Aufwand

In einem Brief an die Anti-Atomkraft-Initiativen habe NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) ähnlich argumentiert, heißt es von den Initiativen. Sie zitieren daraus: Zwar sei die Polizei in NRW „leistungsstark und professionell“, aber es gebe eine „zwingend benötigte Vorbereitungszeit von acht Wochen“ vor einem Transport. Dafür werde dann „eine Vielzahl polizeilicher Einsatzkräfte benötigt“, sodass konkrete Termine für die 152 Einzeltransporte „maßgeblich“ auch von „der Verfügbarkeit polizeilicher Einsatzkräfte“ abhängen. NRW müsse dabei ggf. auch auf Polizeikräfte aus anderen Bundesländern und vom Bund zurückgreifen – und das 152 Mal!

[Zur Startseite](#)

Wörter: 408
Autor/-in: Stephan Rape
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD): 38.576¹
Unique Users (UUpD): 16.000²

Weblink: <https://www.bbv-net.de/ahaus/castortransporte-juelich-ahaus-bundesumweltminister-moratorium-w1032832-6000337399/>

¹ von PMG gewichtet 04-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 az-online.de

Endlagersuche bei Wittingen: Der Blick richtet sich auf das Jahr 2027

17. Mai 2025 08:31 | Medienart: Online | Visits/Monat: 1.100.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

17.05.2025, 08:31 Uhr Ein Geländewagen der Bundesgesellschaft für Endlagerung steht in einem Salzstock. In zweieinhalb Jahren könnte die Endlager-Suche aus regionaler Perspektive mächtig an Fahrt aufnehmen. © Philipp Schulze/dpa

Derzeit kann das Isenhagener Land nur abwarten. In nicht ferner Zukunft entscheidet sich, ob Standorte bei Wittingen in die engere Auswahl kommen.

Wittingen – Eins der ganz großen Themen, die die Republik bewegen (sollten), ist im Krisengemenge der letzten Jahre ein wenig in Vergessenheit geraten: die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Wittingens Stadtbürgermeister Andreas Ritter rief den laufenden Suchprozess der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kürzlich im Rahmen der Radenbecker Ortsratsitzung in Erinnerung. Zählbare Resultate, die das Isenhagener Land interessieren müssten, gibt es zwar noch nicht – aber ein entscheidender Schritt könnte gar nicht mehr so lange auf sich warten lassen.

Denn nach aktuellem Stand wird 2027 ein wichtiges Jahr auf dem Weg zum bundesdeutschen Atommüll-Endlager. Und das ist gerade mal noch zwei Jahre hin. „Ende 2027 schlägt die BGE Standortregionen für die übertägige Erkundung vor“, heißt es auf der Website der BGE. Diese Jahreszahl wurde schon vor einigen Jahren genannt, und sie scheint weiterhin zu gelten, auch wenn sich die zeitlichen Zielkoordinaten für die finale Standortfestlegung deutlich verschoben haben: Man wollte den Suchprozess zunächst 2031 abschließen, inzwischen ist die Rede von einem Korridor zwischen 2046 und 2068.

Doch 2027 wird offenbar der Zeitpunkt sein, an dem die Suche räumlich stark eingegrenzt wird. Aus bundesweit 90 Teilgebieten – insgesamt ein großer Teil der Fläche Deutschlands – sollen in zweieinhalb Jahren die Standortregionen herausgefiltert werden, die in die engere Auswahl kommen. Der Vorschlag des BGE „wird dann vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geprüft“, erklärt das BGE auf seiner Homepage. Und: „Wissenschaft und Öffentlichkeit werden durch das BASE beteiligt. Die Entscheidung über Standortregionen, die in Phase II übertägig erkundet werden, trifft schließlich der Bundesgesetzgeber.“

Wie viele Standortregionen es sein werden – 10? Ein Dutzend? 20? – ist offen. Für Ritter ist aber klar: Sollte eins der Teilgebiete, die das Isenhagener Land tangieren, dann mit in der Verlosung sein, dann „wird es kribbelig“. Zu den Teilgebieten gehörten unter anderem Salzstöcke bei Wittingen, Vorhop und Nettgau, und

natürlich der viel diskutierte Standort Waddekath.

Auf Initiative des Wittinger Rathauschefs waren vor vier Jahren die potenziellen Anrainer-Kommunen eines Endlagers in der Region an einen Tisch gekommen, um Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Derzeit lässt sich nicht viel tun, während die BGE ihre Hausaufgaben macht. Sollten tatsächlich in zweieinhalb Jahren die Standortregionen und damit die engere Auswahl der Kandidaten feststehen, dann könnte sich das Thema für die Region entweder ganz erledigt haben – oder aber die ganze Sache nimmt erst richtig Fahrt auf: „Dann“, so sagte Ritter in Radenbeck, „müssten wir massiv dagegen angehen.“

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 [umweltFAIRaendern.de](https://www.umweltFAIRaendern.de)

Unnötige Atomtransporte Jülich nach Ahaus – Bundesregierung antwortet auf Kleine Anfrage

18. Mai 2025 23:45 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert 0

Auf Druck des Bundesrechnungshofs hatte der Haushaltsausschuss des Bundestags Ende 2022 mit den Stimmen von Grünen, SPD und FDP bei Enthaltung von CDU und Linken entschieden, dass über 150 Castortransporte mit hochradioaktivem Atommüll von Jülich in das Zwischenlager Ahaus in NRW „vorzugswürdig“ wären. Im Verhältnis 70 zu 30 sind der Bund und das Land NRW für die Kosten der ehemaligen Atomforschungsanlage in Jülich und den atomaren Hinterlassenschaften verantwortlich. Während NRW im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wenige Monate vorher vereinbart hatte, „unnötige Atomtransporte“ wie eben jene von Jülich nach Ahaus zu vermeiden, setzte der Bund dem Land als Reaktion das Messer auf die Brust: Die Kosten für ein neues Atommülllager in Jülich müsste das Land NRW dann allein tragen. Der Linke Bundestagsabgeordnete Fabian Fahl hatte zu diesen Machenschaften auch zwischen BMU und Wirtschaftsministerium NRW die Bundesregierung per Kleiner Anfrage um weitere Auskünfte ersucht. Die Antworten liegen jetzt vor. Schon zuvor hatte Fahl eine Schriftliche Frage an die Bundesregierung und einen Brief an den Präsidenten der Genehmigungsbehörde geschrieben.

Die Antworten der Bundesregierung auf die Anfrage des Linken Bundestagsabgeordneten Fabian Fahl sind hier als PDF online (Drs. 21/148) Die taz berichtete zuletzt in diesem Zusammenhang mit diesem Artikel.

In einem Brief an die für die Atomtransporte zuständig Genehmigungsbehörde BASE hatte Fahl vom Präsidenten Christian Kühn, ehemaliger Grüner Vorstand aus BaWü und Bundestagsabgeordneter der Grünen ein Moratorium für die unnötigen Atomtransporte gefordert. Dem Vernehmen nach soll demnächst ein Gespräch über die offenbar bevorstehenden Atomtransporte stattfinden.

Viele der Hintergründe und Inhalte der anstehenden Genehmigungen gelten aufgrund der extremen Sicherheitsrisiken und notwendiger Terrorschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem hochaktiven Atom Müll als geheim und Verschlussache. Die Maßnahmen finden unter dem Behördenkürzel SEWD statt, über die die Behörden selbst Richter und Anwälte nicht informieren. Der BUND NRW hat angekündigt, gegen diese Atomtransporte per Klage vorgehen zu wollen.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 /Radio Galaxy

Atom Müll im Fichtelgebirge? Wohl nicht – es gibt aber noch „Jein-Gebiete“

15. Mai 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Es bleibt dabei: Das Fichtelgebirge eignet sich nicht als Endlager für hoch radioaktiven Atom Müll. Aber es gibt noch einige Gebiete in der Region, deren Eignung noch ungeklärt ist. Etwa das Gebiet westlich des Waldsteins. Das geht aus dem aktuellen Arbeitsbericht der oberfränkischen Koordinierungsstelle für die Endlagersuche hervor, der der Mainwelle-Redaktion vorliegt. Demnach sollen die Standortregionen bis 2032 feststehen. In einem beschleunigten Verfahren will die Bundesgesellschaft für Endlagerung den finalen Standort bereits 2046 festlegen. Im Herbst will die BGE einen neuen Bericht über weitere Eingrenzungen vorlegen. Geplant sind auch Regionalkonferenzen.

mso